

TAGEBUCH

Hoffnung statt Krise: Frohe Weihnachten!

Von Michael Rutz

Die Nacht. Diese Doppelnummer zum Jahresende enthält, wie alle Jahre, ein schönes zwanzigseitiges Extra, dessen Texte Christiane Florin zusammengestellt hat. Lutz Jahrmarkt setzte sie mit der international ausgezeichneten Künstlerin Martina Fosshag (Schülerin von Professor Hans Hillmann in Kassel) optisch opulent in Szene. Diesmal zum Thema „Nacht“. Und das ist, wie die für Sie hoffentlich vergnügliche Lektüre zeigt, nicht immer die dunkle Seite des Lebens. Vom Licht der Heiligen Nacht schreibt auch Novalis, der Dichter der Frühromantik; er hat ein Weihnachtsgedicht so begonnen:

„Fern im Osten wird es helle Graue Zeiten werden jung; Aus der lichten Farbenquelle, Einen langen tiefen Trunk ...“

Eine solche Farbenquelle will unser Spezial sein.



andererseits aber nicht selten Anlass zu politischer Satire gab. Nun ändern wir die Form: Ab der Ausgabe 1/2009 wird die „WS“-Glosse ersetzt durch eine neue Rubrik: „Ballast der Republik“, von den Kollegen des Kulturreports – auch WS wird darunter sein – im Wechsel geschrieben. Wir freuen uns auf die einschlägige Spottlust.

Handbuch der Katholischen Soziallehre. Für diese Woche hatte ich eine ausführliche Vorstellung dieses frisch erschienenen Standardwerkes angekündigt, das in jede wichtige Bibliothek gehört. Karl Kardinal Lehmann, der Bischof von Mainz, hat sie geschrieben, sie ist so lesenswert wie das Buch selbst, weil sie das Gesamttableau der Soziallehre überschaut und das Buch dort einordnet. Schlagen Sie nach auf Seite 6.

Joachim Kardinal Meisner. „Adsum“, ich stehe über-

all zur Verfügung, hat er 1962 seinem Bischof bei der Priesterweihe gesagt. Er dachte an Thüringen. Nun ist er seit 1989 Kardinal in Köln und hält, als gebürtiger Breslauer, schon auch mal eine Büttensrede („schwerer als drei Predigten“). Rudolf Zewell sprach mit dem Kardinal, der am 25. Dezember 75 Jahre alt wird. Siehe Seite 27.

Schließlich: Gesegnete Weihnachten wünsche ich Ihnen. Lassen Sie sich vom Krisengerede nicht unterkriegen, trösten Sie sich am Sinn des Weihnachtsfestes, das immer Hoffnung enthält, Menschlichkeit, so schreibt der Arzt Walter Möbius in seinem klugen Buch „Menschlichkeit ist die beste Medizin“ (Piper Verlag), ist nicht nur Sehen, Hören und Fühlen, sondern Hin-Sehen, Zu-Hören und Mit-Fühlen. Zeigen Sie etwas davon denen, die um Sie sind.

Starke Frauen. Auch dieses Jahr ein Weihnachtsrätsel: Auf Seite 31 können Sie darüber sinnieren, welche Frauen in den vergangenen zwölf Monaten in Sport, Kultur, Politik und Wirtschaft Schlagzeilen gemacht haben und Männer in die zweite Reihe schickten. Ein paar schöne Preise gibt es auch zu gewinnen, aber das Rätseln ist das Hauptvergnügen.

Ballast der Republik. Die Glosse auf Seite 1 gibt es nun seit 20 Jahren, immer brillant, geschrieben von „WS“ – Wolf Schön. Er wollte zeigen, dass das politische Leben nicht nur traurige, sondern auch seine komischen Seiten haben kann. Dezent soll die Glosse sein, nicht beleidigend, eine Gratwanderung. Besonders schwierig war ihm der Umgang mit Helmut Kohl, der einerseits verdienstvolle politische Leitfigur war,

ZUR PERSON

Steven Chu

Al Gore und andere Washington-Insider waren für den Posten im Gespräch. Nun hat sich Barack Obama für einen Außenseiter als neuen Energieminister entschieden. Aber was für einen! Steven Chu wurde 1997 für Arbeiten zur Laserkühlung von Atomen mit dem Nobelpreis für Physik ausgezeichnet. In den vergangenen Jahren forschte der 60 Jahre alte Sohn chinesischer Einwanderer zu Energiefragen. Für die Koordinierung von Energie-, Umwelt- und Klimapolitik wird Carol Browner zuständig sein.



Ulli Nissen

Urteilsfähigkeit über das Gewissen anderer beanspruchte die hessische SPD für sich, als sie die vier „Abweichter“ abkanzelte. Letzteres tat auch Ulli Nissen. Auf den Spruch von den Lügen mit den kurzen Beinen anspielend, sagte sie über Carmen Everts, ihr müssten „die Beine abfallen“. Diese Wortwahl tut der Bundestagskandidatin inzwischen leid. „Widerlich“ sei die Aussage, hat sie an die „Abweichter“ geschrieben und ihr schlechtes Gewissen begläubigt: mit einer 200-Euro-Spende für behinderte Kinder.

Theo Waigel

Als Finanzminister fiel die Bilanz von Theo Waigel durchwachsen aus: Die Einführung des Euro war ein großer Erfolg, die Finanzierung der deutschen Einheit hingegen schwierig. Jetzt soll der 69-Jährige dem Siemens-Konzern in den USA zur Seite springen. Als sogenannter Compliance-Monitor wird er für vier Jahre den Fortschritt bei der Umsetzung von Kontrollvorschriften überwachen, bewerten und für die Justiz dokumentieren. Waigel ist der erste Nicht-Amerikaner, der eine solche Aufgabe übernimmt.



Caroline Kennedy

Als im Sommer die schwere Krebserkrankung von Senator Ted Kennedy bekannt wurde, schien es, als verabschiede sich die wichtigste Politikerdynastie von der amerikanischen Bühne. Nun aber darf sich die nächste Generation Hoffnungen machen: Caroline Kennedy, Tochter und einzige lebende Nachfahrin John F. Kennedys, bewirbt sich um den Senatsitz Hillary Clintons, die ins Außenamt wechselt. Darüber entscheidet der Gouverneur von New York – der wird an der 51-Jährigen kaum vorbeikommen.

Avery Kardinal Dulles

Der Sohn des früheren US-Außenministers John Foster Dulles machte eine selbst für Amerika ungewöhnliche Karriere: Als Protestant geboren, wurde er während seines Studiums in Harvard Katholik und trat 1956 in den Jesuitenorden ein. Eine steile akademische Laufbahn begann. Sein besonderes Interesse galt dabei der Ökumene. 2001 erhob ihn Papst Johannes Paul II. in den Kardinalsrang. Dulles, einer der großen Theologen des 20. Jahrhunderts, ist jetzt im Alter von neunzig Jahren gestorben.



ZITAT DER WOCHE



»Wenn es Sie interessiert: Es war ein Schuh der Größe 10, den er auf mich geworfen hat.«

US-Präsident George W. Bush über den irakischen Journalisten Muntadar al-Zaidi, der ihn während einer Pressekonferenz in Bagdad mit Schuhen beworfen hatte.

Eiserne Lady

ULLA SCHMIDT Mit dem Start des Gesundheitsfonds realisiert die Gesundheitsministerin einen weiteren Schritt hin zu ihrer Vision einer straff gelenkten Staatsmedizin



Beharrlich: Kritik perlt an ihr ab. Meist hat Ulla Schmidt den längeren Atem.

FOTO: TANTUSSI/DAVIDS

Von Benedikt Fuest

Gesundheitsministerin Ulla Schmidt ist in diesen Tagen omnipräsent. In allen Medien, auf Veranstaltungen, in Presseerklärungen, Hintergrundrunden und Talkshows tritt sie an, um ihr größtes Projekt, den Gesundheitsfonds, zu erklären und zu verteidigen. Der startet am 1. Januar 2009, und inzwischen ist sie sich selbst für die Aufklärungsarbeit am Lesertelefon diverser Regionalzeitungen nicht zu schade. So beantwortete sie Anfang der Woche höchstpersönlich den Lesern der „Aachener Zeitung“ und der „Passauer Neuen Presse“ Fragen rund um die Reform der Krankenkassen, um Sonderbeitrag und elektronische Gesundheitskarte. Auch wenn sie sich verteidigen muss, ihr neues System als „Riesenverwaltungsapparat“ geschmäht wird, antwortet sie: „Komplizierter war das alte System“ und liefert eine ausführliche Begründung. Dabei klingt ihre Stimme stets im gelassenen rheinischen Sing-song ihrer Heimatstadt Aachen.

Ulla Schmidt ist mit 59 Jahren in Bestform, die Argumente für die Verteidigung des Fonds kennt sie bis in die technischsten Details. Rhetorisch brillant, meistert sie die Bürgerfragestunde als Fingerübung. Seit Januar 2001 ist sie Gesundheitsministerin, hat nur eine Mission: das deutsche Gesundheitssystem nach ihren Vorstellungen formen. Zu einem System, in dem alle Bürger zu gleichen Bedingungen behandelt werden und in dem das Geld fair und transparent verteilt wird, sagt Ulla Schmidt. Zu einem System der Staats-

medizin, in dem keine freien Ärzte und keine privaten Kassen mehr existieren können, und in dem jede Behandlung staatlich abgesegnet wird, keine wirtschaftliche Freiheit mehr zugelassen ist, halten ihre Kritiker dagegen.

Gegen diese Stimmen setzt sie eine Politik der kleinen Schritte und ihre Fähigkeit, alles stoisch auszusitzen und stets den längeren Atem zu haben. Schon als Gesundheitsministerin in der rot-grünen Regierung unter Bundeskanzler Gerhard Schröder legte sie sich mit allen an, die im Gesundheitssystem etwas zu sagen hatten. Mit den Ärzten, die unter ihr mit gedeckelten Budgets und neuer Bürokratie kämpfen mussten. Mit den Pharmaherstellern, denen sie Preisbegrenzungen für Medikamente aufzwingen. Und mit den Patienten selbst, denen sie Praxisgebühr und Medikamentenzahlung verkaufen musste. Das kann Schmidt sich nur leisten, da sie exzellent vernetzt ist und ihre Politik taktisch meisterhaft verkauft.

Dabei hilft ihr ein eingeschwores Team aus Staatssekretären und Fachbeamten im Gesundheitsministerium, die zusammen viel Wissen und Detailarbeit in die Waagschale ihrer Chefin werfen. Ulla Schmidt vertritt seit 2002 die unbeliebtesten Reformen beider Regierungen, das schweißte auch ihre Mitarbeiter zusammen. Ihr Bild als Ministerin in der Öffentlichkeit prägt vor allem Ministeriumssprecher Klaus Vater, der angesichts unliebsamer Kommentare gern die Journalisten anruft und zum Gespräch ins Ministerium einlädt – nur um den betreffenden Punkt nochmals genau zu klären.

Bereits 2004 uknten Kritiker, Schmidt sei die Erste, die bei einer Kabinetts-umbildung gehen müsste. Seit aber auch Bundeskanzlerin Angela Merkel sie im Amt beließ, wird ihr nachgesagt, sie habe die Beschichtung einer Teflonpfanne: An ihr perlt jeder Anwurf, jede Kritik ab, nichts bleibt kleben oder brennt an. Wenn Debatten allzu hart oder gar persönlich werden, dann schaltet sie um und wird wieder zur strengen, aber verständnisvollen Lehrerin für besonders schwierige Schüler.

Das hat sie studiert und war von 1976 bis 1990 Lehrerin an Schulen für lernbehinderte Kinder in Stolberg und Aachen. 1976 kandidierte sie auf der Liste des maoistischen kommunistischen Bunds Westdeutschland für den Bundestag. 1983 trat sie in die SPD ein, 1990 war sie erstmals im Bundestag. Inzwischen ist sie leitendes Mitglied des liberal-konservativen Seeheimer Kreises in der SPD. An diesen biografischen Eckdaten zeigt sich die Wandlungsfähigkeit von Ulla Schmidt, von der politisch extremen Studentin zur Vertreterin des politischen Realismus.

1994 eroberte sie ihren Bundestags-sitz erstmals als Direktmandat ihres Wahlkreises Aachen. Seitdem hat sie hier ihren Rückhalt und ihre politische Basis, erst Anfang Dezember bestätigten sie knapp 95 Prozent der Aachener SPD-Delegierten als Kandidatin für die Bundestagswahl 2009. Ihr direkter CDU-Gegenkandidat ist ausgerechnet Rudolf Henke, Präsident der Ärztekammer Marburger Bund.

Betrachtet man die Ergebnisse der letzten Wahlen, wird Henke nur wenig Chancen haben, seiner Gegnerin den

Bundestagsitz abzunehmen – zu etabliert ist die Ministerin in ihrer Heimat, seit 1994 gewann sie jede Direktwahl. Mehrmals pro Woche pendelt sie zwischen Berlin und Aachen, um jede Veranstaltung in der Heimat mitzunehmen. Jüngst drohte ein Projekt zur Fortbildung von Jugendlichen ohne Ausbildung in Aachen an fehlenden Mitteln zu scheitern. Prompt setzte sich Schmidt direkt bei Bundesarbeitsminister Olaf Scholz (SPD) für mehr Geld ein und sicherte den Fortbestand. Das macht beliebt.

Dass für sie der Gesundheitsfonds nur ein weiterer Schritt hin zu ihrer Idealvorstellung ist, hat Ulla Schmidt nie verleugnet. Auch im kommenden Bundestagswahlkampf steht sie für die Bürgerversicherung im Ring. Nur mit diesem Konzept lässt sich, so die Überzeugung der Ministerin, eine gerechte Krankenversicherung für alle realisieren. Nur so lässt sich der unliebsame freie Markt der privaten Krankenversicherer ausmerzen, halten ihre Kritiker dagegen. Und müssen zusehen, wie Schmidt ab Januar ein weiteres Stück der marktwirtschaftlichen Bastion im Gesundheitswesen antastet. Denn mit dem Start des Fonds müssen auch die privaten Versicherer einen Basistarif zum Einheitspreis anbieten. Dass darüber nun Deutschlands oberste Richter debattieren, ficht sie nicht an: „Ich kann keinen Verfassungsverstoß erkennen“, sagte Schmidt vergangene Woche vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe. Ihre Politik der kleinen Schritte geht immer weiter.

SEIHE AUCH SEITE 12

BERLIN INTERN

Mit Bürgerrechtlern gegen Peter Sodann

Von Robin Mishra

Die Grünen wollen mit mehreren DDR-Widerstandskämpfern bei der Bundesversammlung antreten, die am 23. Mai 2009 den Bundespräsidenten wählen wird. Der Plan knüpft an das zwanzigjährige Jubiläum des Mauerfalls an und ist auch gegen den Präsidentschaftskandidaten der Linkspartei gerichtet. „Wir wollen zeigen, dass Peter Sodann nicht der einzige Widerstandskämpfer war“, sagt der ehemalige Bürgerrechtler Werner Schulz, der die Idee zusammen mit der Leiterin der Stasi-Unterlagen-Behörde Marianne Birthler entwickelt hat und die Kandidatenfindung koordiniert. Die Parteiführung haben Schulz und Birthler bereits auf ihre Seite gebracht. „Wir werden für die Bundesversammlung zehn bis fünfzehn Bürgerrechtler delegieren“, hat sich Grünen-Chef Cem Özdemir letzte Woche im RM sogar auf eine Zahl festgelegt. An möglichen Kandidaten herrscht kein Mangel. So bringen die Sachsen-Anhalter ihren Ehrenvorsitzenden Hans-Jochen Tschiche und den Elbschützer Ernst-Paul Dörfler ins Gespräch. Haken des ehrgeizigen

Plans: Vier der fünf ostdeutschen Landesverbände sind nicht im Landtag vertreten, dürfen deshalb gar keine Delegierten entsenden; allein Sachsen hat einen Platz frei. Die „Ossis“ sind also auf die Bereitschaft der West-Grünen angewiesen, Bürgerrechtler auf ihre Liste zu nehmen. „Grundsätzlich kann ich mir das schon vorstellen“, sagt Arndt Klocke, Vorsitzender der NRW-Grünen. Aber auch sein Landesverband hat insgesamt nur sieben Plätze zu vergeben. Auf ein weiteres Problem macht ein anderer Bürgerrechtler aufmerksam: Er glaubt, dass viele aus seinem Kreis nicht – wie die Grünen-Spitze – mit SPD-Kandidatin Gesine Schwan, sondern mit Amtsinhaber Horst Köhler sympathisieren, der „sehr gute Arbeit“ geleistet habe.

Über die Qualität des Wirkens einzelner CSU-Politiker werden dagegen in den eigenen Reihen Zweifel laut. Ein Riss entzweit dabei das Spitzenpersonal in München und Berlin. Zu besichtigen war das bei zwei Pressegesprächen in der bayerischen Landesvertretung. Zunächst forderte letzte Woche Wirtschaftsminister Michael Glos eine Steuerentlastung von 25 Milliarden

Euro. Einen Tag später weigerte sich CSU-Chef Horst Seehofer, konkrete Zahlen zu nennen, weil man daran dann immerzu gemessen würde – eine deutliche Spitze gegen Glos. Kurios daran: Seehofer selbst hatte Glos gedrängt, in Berlin stärker Stimmung für Steuerensenkungen zu machen. Auf dem Kieker scheint Seehofer auch den Berliner Landesgruppenchef Peter Ramsauer zu haben, den er in einer internen Sitzung attackierte. Ramsauer gilt als angeschlagen, seit die Landesgruppe kurz vor der Bayernwahl gegen den Linkspartei-Antrag auf Rückkehr der alten Penderpaulschale stimmte, obwohl die CSU das zur gleichen Zeit massiv forderte. „Wir kommen bestens zurecht“, bestreitet Ramsauer jedes Zerwürfnis. In der Landesgruppe herrscht aber großes Unverständnis, dass der CSU-Chef kurz vor der Januar-Klausurtagung in Wildbad Kreuth am Stuhl seiner Nummer eins in Berlin sagt. Ob Seehofer wirklich selbst auf Platz eins der CSU-Bundestagsliste kandidieren will, ist unklar. Im Bayerischen Fernsehen dementierte er dies. Eine Theorie lautet, er wolle nur den Konkurrenzkampf in der CSU anheizen.



INHALT

Politik	3-5
Politisches Buch	6
Spezial	7-9
Außenblick	10
Wirtschaft	11-14
Wissenschaft	16
Medien	17
Forum	18
Impressum	18
Kultur	19-22
Literatur	23
Geistesgegenwart	22
Christ und Welt	25-28
Reise	29-31
Stil	33
Film	34
Menschen	35
Report	36

merkur lounge
Alle aktuellen RM-rezensierten Bücher, CDs, DVDs, die RM-Veranstaltungen und Leserreisen auf www.merkur-lounge.de